

Pressemitteilung

Bauindustrie Hessen kritisiert Gasumlage: Uniper vergibt großen Bauauftrag an belgisches Unternehmen: Finanziert mit deutschen Steuergeldern

Wiesbaden, 12.09.2022

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Die Uniper SE hatte einen Bauauftrag in Gelsenkirchen für Tiefbauarbeiten ausgeschrieben. Der Auftragswert belief sich auf ca. acht Millionen EUR. Der Auftrag wurde zwischenzeitlich vergeben, und zwar an eine belgische Firma, obwohl auch ein deutscher Bieter in der engeren Wahl stand. Mittel aus der Gasumlage fließen so in das Ausland ab. Das ist rechtens. Aber ist es richtig? Sollte ein Unternehmen, das in Deutschland Staatshilfen erhält, nicht eine Verantwortung gegenüber dem deutschen Binnenmarkt haben? Offizielle Begründung für die Gasumlage ist die Rettung von Gasimporteuren. Bisher hat vor allem Uniper öffentlich Ansprüche aus der Gasumlage angemeldet. Die Uniper SE, deren Hauptaktionär über die Holdinggesellschaft Fortum Deutschland SE der finnische Energieversorger Fortum Oyi ist, war bereits mit einer Milliarden Euro schweren Kreditlinie der staatlichen KfW-Bank stabilisiert worden. Dieser Rahmen ist ausgeschöpft. Nach derzeitigem Stand sollen 15 Milliarden Euro benötigt werden. Die Staatshilfen werden aus der Gasumlage gezahlt. „Aus der Umlage entsteht für mittelständische Baubetriebe ein enormer finanzieller Nachteil, der sie im internationalen Wettbewerb weiter benachteiligt. Die Gasumlage ist für Bauunternehmen, die sich vehement gegen die Krise stemmen, ein schwerer finanzieller Schlag“, kritisiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des

Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen: „Öffentliche Bau-Aufträge von mittlerem und höherem Auftragswert werden im Zuge wettbewerblicher Verfahren nach geltenden EU-Vorschriften vergeben. Aber während in anderen EU-Staaten einfallreiche Entlastungspakete für die eigene Wirtschaft geschnürt werden, belastet die Umlage unsere Betriebe, und zwar ohne Kompensation.“ Nach der Verordnung in der aktuellen Fassung profitieren auch Gasimporteure von der Umlage, die sie wirtschaftlich nicht nötig haben. Um "Trittbrettfahrer" auszuschließen, sollen die Verordnung und das ihr zugrunde liegende Energiesicherungsgesetz im Bundestag geändert werden. Im Rahmen dieser überfälligen Debatte sollten auch Lösungen gesucht werden dafür, dass nicht vor allem die deutsche Wirtschaft die Zeche zahlt.

Pressemitteilung

Bauindustrie Thüringen kritisiert Gasumlage: Uniper vergibt großen Bauauftrag an belgisches Unternehmen: Finanziert mit deutschen Steuergeldern

Erfurt, 12.09.2022

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Die Uniper SE hatte einen Bauauftrag in Gelsenkirchen für Tiefbauarbeiten ausgeschrieben. Der Auftragswert belief sich auf ca. acht Millionen EUR. Der Auftrag wurde zwischenzeitlich vergeben, und zwar an eine belgische Firma, obwohl auch ein deutscher Bieter in der engeren Wahl stand. Mittel aus der Gasumlage fließen so in das Ausland ab. Das ist rechtens. Aber ist es richtig? Sollte ein Unternehmen, das in Deutschland Staatshilfen erhält, nicht eine Verantwortung gegenüber dem deutschen Binnenmarkt haben? Offizielle Begründung für die Gasumlage ist die Rettung von Gasimporteuren. Bisher hat vor allem Uniper öffentlich Ansprüche aus der Gasumlage angemeldet. Die Uniper SE, deren Hauptaktionär über die Holdinggesellschaft Fortum Deutschland SE der finnische Energieversorger Fortum Oyi ist, war bereits mit einer Milliarden Euro schweren Kreditlinie der staatlichen KfW-Bank stabilisiert worden. Dieser Rahmen ist ausgeschöpft. Nach derzeitigem Stand sollen 15 Milliarden Euro benötigt werden. Die Staatshilfen werden aus der Gasumlage gezahlt. „Aus der Umlage entsteht für mittelständische Baubetriebe ein enormer finanzieller Nachteil, der sie im internationalen Wettbewerb weiter benachteiligt. Die Gasumlage ist für Bauunternehmen, die sich vehement gegen die Krise stemmen, ein schwerer finanzieller Schlag“, kritisiert Dr. Burkhard Siebert,

Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen: „Öffentliche Bau-Aufträge von mittlerem und höherem Auftragswert werden im Zuge wettbewerblicher Verfahren nach geltenden EU-Vorschriften vergeben. Aber während in anderen EU-Staaten einflussreiche Entlastungspakete für die eigene Wirtschaft geschnürt werden, belastet die Umlage unsere Betriebe, und zwar ohne Kompensation.“ Nach der Verordnung in der aktuellen Fassung profitieren auch Gasimporteure von der Umlage, die sie wirtschaftlich nicht nötig haben. Um "Trittbrettfahrer" auszuschließen, sollen die Verordnung und das ihr zugrunde liegende Energiesicherungsgesetz im Bundestag geändert werden. Im Rahmen dieser überfälligen Debatte sollten auch Lösungen gesucht werden dafür, dass nicht vor allem die deutsche Wirtschaft die Zeche zahlt.